

NRW für GRÜN begeistern - Gedanken zur Debatte um das Landtagswahlprogramm

Kämpfen lohnt sich, weil wir es besser können

Nach einer großen Kraftanstrengung und tollen Erfolgen bei der Europa- und Kommunalwahl liegt noch eine Wahl vor uns. Auch die Bundestagswahl wird uns viel Power kosten, weil wir den Menschen zeigen wollen, dass es einfach Zeit für Veränderung und damit Zeit für GRÜN ist. Sie werden aber auch Stimmungstest sein für die Landtagswahl am 9. Mai nächsten Jahres. Noch ganz im Bann der großen Erfolge vom 7. Juni und 30. August sind wir gespannt, was am 27. September als Ergebnis herauskommen wird, aber schon jetzt steht fest: Wir GRÜNE werden wieder kämpfen müssen.

Wir sind gerade - trotz der intensiven Wahlkämpfe - in der programmatischen Findungsphase und erstellen das Landtagswahlprogramm. Ich möchte hier ein paar Gedanken aufschreiben, die vielleicht an der einen oder der anderen Stelle Berücksichtigung finden.

Die Krise überlagert Vieles

Nicht mehr nur wir selbst nehmen uns als die Kraft des Aufbruchs wahr, die bereit ist, die Krise des Neoliberalismus als Chance zu begreifen, ein System aufzubauen, das Gerechtigkeit für alle Menschen gewährleisten kann. Wir wollen dieses Land Grüner machen, weil es Grüner werden muss. Nie waren die Chancen dafür so gut, nie zuvor waren Grüne Ideen so stark in der Gesellschaft verankert. Wir GRÜNE müssen unser Programm zu den Menschen tragen. Und wir machen deutlich: Wir sind bereit, wieder Verantwortung zu übernehmen! Weil es Zeit für Grün ist.

Es lohnt sich nicht, junge Leute als "Krisenkinder" einfach nur zum Gegenstand von Zeitdiagnosen zu machen. Aber eines ist doch dran: wir jungen Menschen sind die großen Verlierer dieser Krise. Weil wir keine Arbeitsplätze haben, die von der Krise bedroht sind, weil wir nicht in Kurzarbeit, sondern auf die Straße geschickt werden, weil wir keine Ausbildungsplätze finden, weil wir am liebsten noch zwei Semester auf der Uni bleiben würden, um nicht Opfer des Einstellungsstops zu werden.

Viele von uns sind also pessimistisch, haben Angst vor dem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg. Es gibt - vielleicht gar nicht zu Unrecht - kein Vertrauen mehr in die alten sozialen Sicherungssysteme. Viele glauben, im Falle der Arbeitslosigkeit um ihre

soziale Existenz kämpfen zu müssen. Viele rechnen damit, im Alter arm zu sein. Solche Ängste bekämpft man nicht mit Konjunkturprogrammen, sondern mit einem gesellschaftspolitischen Ansatz, der Ausgleich und Chancen zusammenbringt.

Wir kommen, um uns zu beschweren

Als junger Mensch habe ich eine besondere Perspektive auf dieses Land. Ich erlebe es live und in Farbe, welche Auswirkungen Studiengebühren auf mein eigenes Studium und meine Kommilitoninnen und Kommilitonen haben. Ich sehe, welche Schwierigkeiten sich für meine Generation ergeben, wenn es darum geht, eine Familie zu gründen und gleichzeitig ins Arbeitsleben zu starten. Ich sehe bei Mitaktivistinnen und Mitaktivisten von der Grünen Jugend, dass Schule immer noch ein System ist, das Leistung versucht durch überflüssigen Druck zu erzeugen und zugleich die Lust nimmt. Ich muss immer wieder erkennen, wie wenig politische Einflussmöglichkeiten junge Menschen in NRW haben. Seit ich in Bielefeld im Rat bin, habe ich versucht, Kindern und Jugendlichen den Weg zu mehr politischer Beteiligung zu ebnen. Und ich musste immer wieder sehen: bei den beiden großen Parteien muss man dicke Bretter bohren. Das will ich auch auf Landesebene tun, denn ohne Grün bleibt Partizipation auf der Strecke und junge Leute werden mit einem „Jugendlandtag“ abgespeist.

Die Landesregierung von CDU und FDP hat bei allen diesen Punkten versagt: sie hat den Zugang zu den Hochschulen nicht vereinfacht, sondern durch eine absurde Gebührenpolitik nur zusätzliche Barrieren aufgebaut. Die Qualität der Lehre hat sich nicht ernsthaft verbessert. Überlaufene Seminare, schlechte Ausstattung und eine Bürokratie, die ihresgleichen sucht, sind immer noch Realität. Zugleich tut das Land alles, um die schon vorher nur semi- demokratische Uni zu entmachten und krieert mit den Hochschulräten eine illegitime Versammlung, deren einzige Funktion ist, Universitäten zu wirtschaftsfreundlichen Kadenschmieden umzubürsten.

Ganz ähnlich ergeht es den Schulen. Mutige Schritte, kommunal durch Modellprojekte Gestaltungswillen zu demonstrieren, werden in Düsseldorf abgebügelt. Stattdessen wird die verkürzte Gymnasialzeit, die wenn sie richtig gemacht ist, für viele SchülerInnen nicht verkehrt ist, durch überfüllte Lehrpläne und mangelhaft ausgestattete Schulen konterkariert. Dass G8 nicht nur auf internationaler Ebene nicht funktioniert, wird im Schulministerium demonstriert. Die Investitionsprogramme in diesem Bereich sind auch nichts anderes als ein Tropfen auf den heißen Stein, während die Kommunen bitteschön ganze Regentonnen dazugeben sollen. Getopt wird alles nur noch durch den Papiertiger Kopfnote. Zum Glück gab es viele Schulen und Schülerinnen und Schüler, die mutig gegen diesen Unfug protestiert haben. Ich habe an vielen Stellen meine tiefe Solidarität mit diesen Protesten ausgedrückt, sowohl in den Gremien wie auch

aktionistisch mit der Grünen Jugend. Zuletzt wird in Düsseldorf alles versucht, den Gesamtschulen alle nur denkbaren Steine in den Weg zu werfen. Gewiss: Eine Schule der Zukunft, nämlich die Grüne Gemeinschaftsschule, hat mehr zu bieten als heutige Gesamtschulen. Aber sie sind ein erster Schritt und ein wichtiger noch dazu. Wir dürfen der Landesregierung nicht durchgehen lassen, dass sie versucht, Gesamtschulen in Restschulen zu verwandeln! Das alles zeigt: Ministerin Sommer ist unfähig und überfordert – sie ist der mieseste Bielefelder Export seit Uwe Rapolder. Ich freue mich, dass sie es wagt, in Bielefeld für den Landtag anzutreten. Wir werden ihr mit unserer ganzen Leidenschaft entgegentreten.

Schließlich ist es auch dieser Landesregierung zu verdanken, dass die Kinderbetreuung in NRW reformiert wurde. Gewiss, auch KiBiz enthält Schritte in die richtige Richtung. In einem großen kommunalen Kraftakt sind uns in Bielefeld und auch anderswo Verbesserungen vor dem Hintergrund dieser Reform möglich gewesen. Die Kindertagespflege hat eine feste gesetzliche Verankerung erhalten, die Gehälter der Tagesmütter und Tagesväter haben immer noch ein mieses Niveau, aber sind angehoben worden. Der flächendeckende Ausbau der Betreuung unter dreijähriger ist mit der Charmeoffensive der Landesregierung zu verdanken, der auf die breiten Proteste gegen das neue Kindergartengesetz reagieren musste. Trotzdem sage ich: Wer Kitas mit Zukunft will, soll gefälligst Geld in die Hand nehmen und nicht darauf warten, dass die Kommunen es schon richten. Dass diese kommunenfeindliche Politik durch den systematischen Abbau fachlicher Standards flankiert wird, zeigt einfach, wie wenig man die großspurigen Ankündigungen von Rüttgers und Laschet ernst nehmen kann.

Mit klarer Kante auftreten!

Wir haben die Alternativen. Wir wissen, wie eine Schule der Zukunft gelingen kann, wie die Kita der Zukunft aussieht und wie junge Jugendpolitik funktionieren kann. Im Mittelpunkt unserer Arbeit muss aber stehen, dass wir vielen Menschen wieder Perspektiven aufzeigen. Perspektiven, die sie momentan glauben verloren zu haben, weil mit der Krise von allen Seiten Druck auf sie hereinbricht. Solche Perspektiven können wir nur durch Veränderungen schaffen, die bessere Bildung, mehr Freiräume und mehr Demokratie für alle Menschen, aber eben insbesondere auch für junge Menschen bringen.

>> für bessere Kitas

Ich bin sicher, dass wir in der nächsten Legislaturperiode klare Akzente für die Kinder in diesem Land setzen können. Vorschläge dafür finden sich zum Beispiel in der Bildungsoffensive bei den Kindertageseinrichtungen, wie ich sie in Bielefeld nach vorne

gebracht habe: Kitas haben den Auftrag, Leben lernen zu vermitteln. Ich stehe für Kinderbetreuung, die diesem Anspruch gerecht wird. Ich stehe für Kitas, in denen Gesundheit, Bewegung, Naturerlebnisse und gelebte Integration zusammengeführt werden, um den Kindern den bestmöglichen Start in die Bildungskarriere zu ermöglichen. In dieser, unserer Kita der Zukunft wird natürlich gelebt, sie wird nicht zur Schule für die Kleinsten verkommen. In einer solchen Kita wird nicht nur der Grundstein für Bildung, sondern auch der Grundstein für die soziale Entwicklung gelegt. Ich bin zuversichtlich, dass wir in der nächsten Legislatur für bessere Kitas sorgen können, die allen Kindern, die in diesem Land leben, zur Verfügung stehen.

>> für junges Leben

Freiräume zu schaffen und zu verwirklichen muss das Ziel Grüner Jugendpolitik sein. Meine jugendpolitischen Vorstellungen gehen davon aus, dass junge Menschen sehr gut wissen, was sie wollen. Wenn wir nicht endlich die Rahmenbedingungen der Jugendpartizipation verbessern, werden wir damit konfrontiert sein, dass junge Menschen das Vertrauen in unser politisches System verlieren. Eine Änderung der Landesverfassung, die das Recht von Kindern und Jugendlichen zur politischen Beteiligung anerkennt und garantiert und eine Änderung der Gemeindeordnung, in der wie in Schleswig-Holstein die Partizipation junger Menschen festgeschrieben ist, sind Projekte, die von uns auf den Weg gebracht werden müssen.

Es gehört aber auch zur Jugendpolitik, anzuerkennen, dass junge Leute sind, wie sie sind. Am Beispiel meines Beitrags zur Neuaufstellung der Bielefelder Jugendkulturarbeit ist mir das sehr bewusst geworden. Jugendkultur ist etwas, das zum Leben dazugehört, und das vielfach prägend ist. Kinder- und Jugendkulturarbeit, bei der die Stadt Unterstützung leistet, wird dank dieser Grünen Initiative nicht mehr nur bei Trägern der Jugendhilfe stattfinden, wird befreit vom institutionellen Korsett, und setzt auf Selbstorganisation und Eigeninitiative und lässt bewusst den Raum dafür. Ich bin der Überzeugung, dass junge Menschen mehr können als Killerspiele und Flatrate-Partys – geben wir ihnen doch endlich den Raum! Politik muss ganzheitlich ansetzen und Freiräume geben, die von jungen Menschen selbst mit Leben gefüllt werden.

>> für sozialen Ausgleich

Immer mehr Kinder und Jugendliche sind arm oder stammen aus einem Haushalt von GeringverdienerInnen. Es ist Zeit, das zu ändern! Während es dafür natürlich auch auf eine Veränderung der Rahmenbedingungen ankommt, sind auch konkrete Maßnahmen vor Ort notwendig. Wir haben es als Grüne in Bielefeld geschafft, dass Kinder in Kindertageseinrichtungen nur noch 1 Euro pro Mittagessen bezahlen. Das ist ein erster Schritt. Zugleich hat uns das Land ausgebremst: Als wir den übrigen Euro bei Kindern, deren Mittagessen im Offenen Ganztag aus dem Landesfonds „Kein Kind ohne

Mahlzeit“ subventioniert wird, übernehmen wollten, sagte Düsseldorf: War wohl nix! Wenn schon, müsste die Kommune die ganze Subventionierung übernehmen, was unter dem Diktat der Haushaltssicherung nicht möglich ist. Bei solchen skandalösen Vorgängen frage ich mich: In was für einem Land leben wir eigentlich? Und was für realitätsferne Wesen regieren hier? Meine Konsequenz heißt: Wer so regiert, verdient nur eines: die Abwahl. Und dieses Land verdient Grün, und wir müssen dafür kämpfen, dass so was unter Grüner Regierungsbeteiligung nicht vorkommt.

>> für einen gesellschaftlichen New Deal

Unser Green New Deal gelingt nicht ohne ein gesellschaftspolitisches Fundament. Wir müssen für ein progressives Zusammenleben der Menschen und Generationen kämpfen. Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der junge Menschen auf dem Weg in ihr eigenständiges Leben nicht mehr den Fall und das Wiederaufstehen mitdenken müssen. Wir brauchen einen sozialen Geist in der Wirtschaft, denn das neoliberale System hat sich überlebt und ist auf Kosten hunderttausender Menschen gescheitert.

Wir brauchen eine Gesellschaft der Teilhabe. Wer arm ist, darf nicht arm bleiben. Und solange Menschen arm sind, darf ihnen ihr Mangel an Geldmitteln keine Zugangsbarriere zum sozialen und kulturellen Leben sein. Mobilität durch ein Sozialticket muss gewährleistet werden. Die Kommunen in NRW sollten hierfür Wege entwickeln, das Land darf jedoch nicht aus der Verantwortung entlassen werden und muss die Realisierung dieses Projekts auch finanziell begleiten.

>> für kreatives Leben und Arbeiten

Neue Arbeit muss GRÜN sein. Eine ganz große Chance, nicht nur Menschen Beschäftigung zu geben und zukunftsfähige Arbeit zu schaffen, sondern auch das Leben in den Städten in NRW lebenswert zu machen. Hier fehlen oftmals die Vernetzungsstrukturen, viel zu oft auch Räume, in denen Kunst und Kultur öffentlich greifbar werden können. Die freie Kulturszene ist momentan aber nicht nur im Umbruch, sondern auch im Aufbruch. Vielen Kulturschaffenden fehlt jedoch derzeit die Sicherheit, um in ihrer Branche eine langfristige, wirtschaftliche Zukunft zu sehen.

Ein zentraler Bereich des kreativen Lebens ereignet sich mittlerweile online. Auch wenn manche es noch nicht sehen: Wir sind längst keine Partei der Internetausdrucker mehr. Im Gegenteil: Wir wissen um die Potenziale des politischen Online-Lebens. NRW muss ein Vorreiterland bei der Einbeziehung der großen Möglichkeiten werden, die politische Partizipation im Internet bietet. E-Government darf nicht mehr unter dem Gesichtspunkt des Kostensparens bei der öffentlichen Verwaltung gesehen werden, sondern muss von GRÜNEN in Regierungsverantwortung vorangetrieben werden.

<< mit jungen Ideen nach vorn!

Es mag unter jungen Menschen eine Form der Politik- oder Parteienverdrossenheit geben. Aber es gibt keine Veränderungsverdrossenheit. Wir GRÜNE müssen dieses Potenzial bündeln und mit jungen politischen Kräften, die bereit sind, dieses Land wirklich und nachhaltig zu verändern, eine starke Bewegung formen. Ich glaube, wir sind bereits auf dem Weg. Aber wir müssen aufhören, die Menschen nur zu überzeugen. Wir müssen sie begeistern.